[illegible] vom 10. Juni an die Regelungen der deutschen [illegible] das Reichsernährungsministerium darauf [illegible] Bestimmungen die bestehende Ersatzmittelstelle [illegible] der Ersatzmittel für Ersatzwurst nicht berührt [illegible] Kommunalverbände und Gemeinden, die [illegible] Ersatzmittelstelle. Schwierigkeiten dürften [illegible] nicht zu erwarten sein, da Ersatzwurst [illegible] in ganz großen Gemeinden hergestellt wird, [illegible] einer Ersatzmittelstelle [illegible]. Gerade in den Fällen, in denen Kommunalverbände Herstellung und Verkauf von Ersatzwurst übernehmen, ist es besonders wichtig, daß die Sachkunde der Ersatzmittelstelle hinsichtlich der für Ersatzlebensmittel bestehenden Vorschriften für die Zusammensetzung der Erzeugnisse, die Preisbemessung, zulässige Bezeichnung, Anpreisung usw. ausgenutzt wird.

—* **Austausch der deutschen Gefangenen.** Dem Landesausschuß der Vereine vom Roten Kreuz in Sachsen gehen ständig zahlreiche Anfragen ein, wann mit dem endgültigen Austausch unserer Gefangenen gerechnet werden kann. Der Landesausschuß ist zur Zeit nicht in der Lage, hierüber eine Auskunft geben zu können und es wird deshalb gebeten, derartige Anfragen, da zwecklos, zu unterlassen.

—* **Der Waggonbestand der Sächsischen Eisenbahnen** ist, wie unserem Vertreter von zuständiger Seite bei der Generaldirektion der Sächsischen Staatsbahnen versichert wird, ein ganz guter und in Anbetracht des zurückgegangenen Güterverkehrs für die gegenwärtigen Bedürfnisse vollständig ausreichend. Trotzdem ist die Generaldirektion bemüht, die Zahl sowohl der Güter- als auch der Personenwagen im Sinne von Notstandsarbeiten zu erhöhen. Zu diesem Zweck hat die Verwaltung seit längerer Zeit unter Heranziehung eines Ausschusses von Arbeitgebern und Arbeitnehmern an etwa 100 sächsische Firmen Aufträge auf Bestellung der dazu benötigten Einzelteile ergehen lassen. Auch Handwerker sind an der Herstellung durch Vermittelung des Submissionsamtes beteiligt. Den Waggonfabriken in Werdau, in denen übrigens Tag und Nacht gearbeitet wird, liegt dann lediglich die Zusammensetzung der gelieferten Einzelteile zum Wagenganzen ob.

Meißen. Ein Ortsgesetz über Zivileinquartierung wurde von den Stadtverordneten angenommen; man hofft jedoch, daß das Gesetz wegen seiner Härten nicht voll in Kraft zu treten braucht.

Dresden. Infolge der hohen Preise für Erdbeeren erschien gestern in der Markthalle am Antonsplatz ein Trupp von 50—60 Personen, der die Abgabe der Erdbeeren zu den neuen Richtpreisen forderte, die am Montag in Kraft getreten sind. Von den Händlern wurde dies anfänglich verweigert, worauf längere Auseinandersetzungen entstanden, bis die Abgabe der Beeren zu den Richtpreisen erfolgte. Eine Anzahl Verkaufsstände wurden hierbei durchsucht, wobei die aufgefundenen Erdbeeren ebenfalls zu Richtpreisen verkauft wurden. Schließlich gelang es dem Inspektor der Markthalle, die Leute zu beruhigen. Auch in der Markthalle in Dresden-Friedrichstadt ereigneten sich ähnliche Szenen, ebenso in verschiedenen Geschäften und in Hausflurverkaufsständen der inneren Stadt. Größere Ausschreitungen sind jedoch nicht vorgekommen.

* **Dresden.** Aus einem Handschuhgeschäft in der Seestraße stahlen Diebe in der vergangenen Nacht 48 Dutzend Paar lederne Handschuhe im Werte von 9700 Mark. Es sind Damenhandschuhe in allen Größen und Farben. Die Diebe sind offenbar gestört worden, denn sie haben einen Handkoffer aus dunkelgrauem Papierstoff mit gelben Ecken und braunem Metallgriff, sowie eine Handtasche aus dunkelgrauem Segeltuch mit brauner Nahteinfassung und schwarzem Ledergriff am Tatort zurückgelassen. Die geschädigte Firma hat für die Wiederherbeischaffung der gestohlenen Handschuhe eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt. — Durch Herunterwerfen eines Topfes mit heißem Wasser verbrühte sich ein zweijähriger Knabe derart, daß er am Abend verstarb.

Königstein. Am Sonnabend vormittag wurde ein junger Mann aus Riesa festgenommen, der in der Nacht vorher im „Deutschen Haus" einen Einbruch vollführte und es hauptsächlich auf Geld dabei abgesehen hatte. Nach Demolierung verschiedener Schlösser und anderer Einrichtungsgegenstände fielen 4 Mark, 20 Zigarren und Zigaretten in seine Hände, während er die Eßwaren vollständig unberührt ließ. Bei seinem Verhör gestand er auch einen Gelddiebstahl in Stadt Tharandt, wo er gegen 300 Mark bares Geld erbeutete, ein.

Zittau. Ein großzügiges soziales Werk hat der Bezirkstag der Amtshauptmannschaft Zittau in die Wege geleitet. Er hat einstimmig den Ankauf eines großen Geländes zur Anlegung von Siedelungen für Kriegsteilnehmer beschlossen. Das Gelände liegt südlich von Zittau, dicht am Rande der Gebirgswälder, auf Olbersdorfer Flur und umfaßt ein Areal von 210 Scheffel Land. Der Kaufpreis beträgt 252 000 Mark. Die Bebauung soll nach einem einheitlichen Plane nach modernen Erfahrungen erfolgen. Das Siedelungsgebiet hat eine sehr gesunde Lage und günstige Bebauungs- und Wasserverhältnisse. In unmittelbarer Nähe liegen die vielbesuchten Luftkurorte Oybin und Johnsdorf.

Bautzen. Scharfe Maßnahmen kündigt die hiesige Amtshauptmannschaft den säumigen Landwirten des Bezirks an. Sie weist daraufhin, daß trotz des reichen Grünfutters die Ablieferung von Milch an die Molkereien noch immer mangelhaft ist, so daß eine erhebliche Butternot bevorsteht. Sie führt das auf den umfangreichen Schleichhandel zurück, in dem bis zu 15 Mark für ein Stück Butter gezahlt werden. Die Amtshauptmannschaft will die Milchzentrifugen amtlich verschließen und die Namen der Landwirte, die durch Schleichhandel oder übermäßigen Mehrverbrauch die Versorgung der Bevölkerung gefährden, zur allgemeinen Kenntnis der Bevölkerung bringen lassen.

* **Mittweida.** Tödlich verunglückt ist gestern ein Soldat, der zu einem Militärtransport gehörte. Er hatte während der Fahrt auf dem Wagendach gestanden und bei Oberlichtenau Leuten auf einer Brücke zugewinkt. Hierbei stieß der Mann mit dem Kopfe gegen die Brückenwölbung und fiel tot auf das Wagendach zurück. Er hatte einen Wirbelsäulenbruch erlitten. Die Leiche wurde nach der hiesigen Friedhofshalle gebracht.

Hohenstein-Ernstthal. Die Eheleute Dreher Arno Kretzschmar und seine Frau Klara geb. Oberländer haben sich auf folgende Weise in den Besitz größerer Mengen von Nahrungsmitteln gesetzt: Sie haben zunächst, obwohl sie nur ein Kind besitzen, die Karte auf den Namen Karl Müller, 8 Personen, umgeändert und für 8 Personen die Lebensmittel gekauft; wurden dann in den Bekanntmachungen weitere Nummern aufgerufen, so haben sie die vorige Nummer abgerissen und eine andere aufgeklebt und dadurch bei allen Verkaufsstellen die betreffenden Lebensmittel erlangt, die sie dann in Chemnitz im Schleichhandel vertrieben. Es wurden in ihrer Wohnung 42 Pfund Nudeln, die das Betrügerpaar im Laufe dieser Woche sich verschafft hatte, und die schon fertig verpackt waren, um nach Chemnitz gebracht zu werden, beschlagnahmt, ebenso die Lebensmittelkarte und eine Anzahl Nummern zum Aufkleben.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Zur Ermordung des Oberleutnants Kühner. In dem Prozeß gegen die Mörder des Oberleutnants v. Kühner vor dem Schwurgericht [illegible] der Angeklagte [illegible] als Mörder des Oberleutnants Kühner. Nachdem Kühner über die [illegible] gelaufen [illegible] sei Richter über die Brücke gelaufen und habe Kühner aus nächster Nähe erschossen.

Neue Ausschreitungen in Mannheim. Am Montag kam es in Mannheim wieder zu größeren Ausschreitungen. Auf Mitteilung der französischen Offiziersabordnung auf dem Rathause, daß die Stadt eine Stunde nach Ablauf der durch das Ultimatum gestellten Frist besetzt werden würde, wenn sie bis dahin keinen gegenteiligen Befehl erhalten hätte, zog das Freiwilligenbataillon ab, um nicht im Falle einer Besetzung interniert zu werden. Dabei wurden die Truppen von dem angesammelten Pöbel beschimpft und teilweise angegriffen, sodaß sie sich mit der Waffe wehren mußten. Am Abend war die Ruhe wieder hergestellt. Zwei Personen wurden getötet. Um ½9 Uhr traf von der Ludwigshafener Kommandantur die Nachricht ein, daß die Stadt nicht besetzt werden würde, sodaß die Freiwilligen-Truppen zurückkehren konnten. Oberhalb von Mannheim bei Altrip waren bereits zwei Bataillone französischer Truppen über den Rhein gesetzt worden, um eventuell vorzumarschieren. Sie wurden um 9 Uhr zurückgezogen.

Eisenbahnerstreik in Breslau. Die Eisenbahner von Breslau sind in den allgemeinen Ausstand getreten. Der gesamte Verkehr ab Breslau ruht vollständig, jedoch kommen vereinzelte Züge hier an. Die gestern mittag geführten Ausgleichsverhandlungen zwischen der Eisenbahndirektion und den ausständigen Arbeitern sind ohne Ergebnis geblieben. Die Forderungen betreffen eine einmalige Teuerungszulage von 500 Mark, die Versetzung von Breslau in die höchste Lohnstufe und Personalfragen. Ferner wird verlangt, das Mitbestimmungsrecht und Kontrollrecht der Arbeiter in allen Dienststellen und Büros bei Entlassung und Einstellung von Arbeitskräften, Pensionierung sämtlicher Beamten über 60 Jahre, beschleunigte Durchführung des Rätesystems bei der Eisenbahn nach den Frankfurter Richtlinien und sofortige Einführung des Achtstundentages für die Schrankenwärter. Der Streik umfaßt bereits 17 000 Eisenbahner. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Streik, wenn es zu einer raschen Beilegung des Ausstandes nicht kommt, noch weiteren Umfang annimmt. Die Eisenbahnbeamten haben sich den Ausständigen angeschlossen.

Die Reichswehrgruppe, Kommando I, teilt mit: Die Regierung hat den Frieden bedingungslos angenommen. Die Reichswehr hat der Regierung durch ihre berufenen Vertreter rechtzeitig erklärt, daß die Annahme der Deutschland entehrenden Paragraphen, welche die Auslieferung deutscher Staatsbürger und das Anerkenntnis der alleinigen Schuld Deutschlands am Kriege enthält, mit ihrer und des Vaterlandes Ehre unvereinbar sei. Ich halte an diesem Standpunkte unbedingt fest und werde ihn dem Reichswehrminister und preußischen Kriegsminister gegenüber erneut aufrecht zu erhalten wissen. Ich fordere Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften auf, mit mir ihren Dienst weiter zu tun, um Ruhe und Ordnung im Deutschen Reiche restlos aufrecht zu erhalten. Der oberkommandierende General gez. Freiherr v. Lüttwitz, General d. J. — Die „Deutsche Allg. Zeitung" erfährt, daß Reichswehrminister Noske für gestern abend eine Besprechung mit den Regiments- und Brigadekommandeuren des Korps v. Lüttwitz anberaumt hatte, um sich mit den Herren über die Annahme des Friedens auszusprechen. General Märker hat am Montag nachmittag dem Reichswehrminister Noske die Erklärung abgegeben, daß er seinen Dienst so wie bisher auch in Zukunft unter ihm versehen werde. — Nach einer anderen Meldung soll General Märker in Weimar erklärt haben, er sowohl als die übrigen Führer der Freiwilligenverbände würden zwar, trotz der bedingungslosen Unterzeichnung der Friedensbedingungen, vorläufig noch auf ihren Posten verbleiben, um die Ruhe und Ordnung innerhalb des Reiches zu sichern, aber in dem gleichen Augenblick zurücktreten, da diese Sicherung nicht mehr notwendig erscheint.

Eine gestürmte Konservenfabrik. Aus Hamburg wird gemeldet: Am Nachmittag des Montag stürmte eine große Menschenmenge die Fleischkonservenfabrik Heil, wo ekelerregende Kadaver von Hunden, Katzen usw. verarbeitet wurden. Die Menge bemächtigte sich des Fabrikanten, mißhandelte ihn schwer und warf ihn dann in die Alster. Nachdem sich Heil durch Schwimmen gerettet hatte, wurde er aufs neue schwer mißhandelt und flüchtete dann in das Rathaus, in das die Menge zu stürmen versuchte. Die Sicherheitsmannschaften gaben schließlich blinde Schüsse ab. Nachdem von berufener Seite die Versicherung abgegeben worden war, daß gegen Heil die erforderlichen Schritte erfolgen würden, beruhigte und zerstreute sich die Menge.

Eine Erklärung der Deutschen Volkspartei. Wir werden um die Verbreitung nachfolgender Erklärung gebeten: Das Wolffbüro hat unter dem 23. Juni eine Drahtnachricht versandt, wonach die Nationalversammlung die Zustimmung zur bedingungslosen Unterzeichnung des Friedensvertrages gegen die Stimmen der Deutschnationalen Volkspartei und eines Teiles des Zentrums und der Demokraten erteilt habe. Die in der Sitzung anwesenden Mitglieder der Deutschen Volkspartei haben bei dieser Abstimmung gleichfalls gegen die Unterzeichnung gestimmt, nachdem im Namen der Fraktion der Abgeordnete Heinze erklärt hatte, daß die Deutsche Volkspartei an der Ablehnung des Friedensvertrages festhalte.

Ein Erlaß des preußischen Kriegsministeriums. Aus Berlin wird gemeldet: Das Kriegsministerium veröffentlicht einen Erlaß, wonach die für das deutsche Heer besonders schmachvollen Bedingungen des Friedensvertrages von den Soldaten mit ihrer Ehre nicht in Einklang gebracht werden können. Es müßten aber persönliche Bedenken zurückgestellt werden, weil die dringlichste Pflicht gegen das Vaterland die Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe und die Weiterführung des laufenden Dienstes erfordere. Um das beschleunigte Ausscheiden der Offiziere aus dem Dienste zu erleichtern, wird bestimmt: 1. Sämtliche preußischen Generale können vom heutigen Tage ab ihre Stellung zur Verabschiedung unmittelbar [illegible] des Kriegsministeriums schriftlich oder telegraphisch ohne weitere Formalitäten beantragen. Dieses Recht läuft am 28. Juli ab. Die Entscheidung der Genehmigung hängt von der Möglichkeit des Ersatzes ab. 2. Da dieser Weg für die Gesamtheit der Offiziere, Sanitätsoffiziere, Veterinäroffiziere und Beamten nicht durchführbar ist, muß es für diese, ebenso wie für die Unteroffiziere und Freiwilligen bei dem bisherigen Dienstwege verbleiben. Jedoch können Gesuche um Verabschiedung in einfachster Form eingereicht werden. Alle Versorgungsansprüche bleiben unberührt bestehen.

Gegen die Steuerflucht. Nationalversammlung und Staatenausschuß haben am 24. Juni das Gesetz gegen die Steuerflucht in einer Weise ergänzt, die ungewöhnliche Mißstände mit ungewöhnlichen Mitteln bekämpfen soll. Die Banken sind nunmehr verpflichtet, über die Hinterlegung von Wertpapieren und die Bewegung der Konten seit 1. August 1914 Angaben zu machen. Praktisch ist damit das Geschäftsgeheimnis der Banken aufgehoben. Notwendig wurde der Beschluß, weil sich eine andere Möglichkeit nicht bot, um rechtzeitig die Steuerflucht in die besetzten Gebiete zu verhindern. Die Maßregel wird also zunächst in den besetzten Gebieten sowie in den Teilen des Reiches zur Anwendung kommen, mit deren Verlust leider zu rechnen ist. Namentlich Nordschleswig ist von gewissenlosen Kapitalisten zur Anlagesicherung mißbraucht worden. Der Reichsfinanzminister wird vorerst alle Banken auffordern, eine Liste ihrer Kontobestände einzureichen. Allerdings besteht nur wenig Aussicht, die Kapitalien zu erfassen, die über die Grenze ins Ausland geschafft worden sind. Es ist vorgeschlagen worden, die ins Ausland verschobenen Banknoten und Wertpapiere deutschen Ursprungs durch Abstempelung aufzurufen. So einfach dieser Vorschlag ist, so verwickelt ist seine Durchführung. Denn sind die Kapitalien einmal im Ausland, so können sie dort bequem weiter verschoben werden, vor allem an fremde Staatsangehörige, gegen die der Einwand der Steuerflucht dann nicht erhoben werden kann. Die Regierung hätte weiser gehandelt, wenn sie die Anzeigepflicht der Banken schon im November 1918 herausgebracht hätte. Jetzt sind Milliarden vor dem Zugriff des Reichsfiskus in Sicherheit.

Der Streik der Postaushelfer in Berlin geht, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, weiter. Es handelt sich hierbei nur um eine kleine Gruppe, nämlich um die Postaushelfer, die nicht im Transportarbeiterverband organisiert sind. Gleichwohl dürften sich aber im Betrieb der Fernsprechämter ziemliche Schwierigkeiten ergeben, die sich namentlich in den Mittagsstunden für den Privatverkehr fühlbar machen dürften. Die Ausständigen haben auch versucht, das Austragen der Telegramme zu verhindern. Die Postverwaltung hat hiergegen Maßregeln getroffen. Erwähnenswert ist, daß die Löhne der Aushelfer erst kürzlich auf Grund eines vom Reichsarbeitsamt gefällten Schiedsspruches erhöht worden sind.

Ein neues Urteil in München. Wie die Berliner Abendblätter aus München melden, hat das Münchener Standgericht gestern Ernst Niekisch, den Vorsitzenden des Zentralrates, wegen Beihilfe zum Hochverrat unter Zubilligung mildernder Umstände zu 2 Jahren Festung und den Kosten des Verfahrens verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 10 Jahre Festung und Aberkennung des Rechts zur Begleitung öffentlicher Aemter beantragt.

Die letzten Haller-Transporte. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, rollen gegenwärtig die letzten Haller-Transporte durch Deutschland. Aus dem Osten des Reiches liegen keine genauen Nachrichten vor. Nach einem Telegramm aus Thorn rüstet man sich dort zum bewaffneten Widerstand.

Zwiebelbewirtschaftung. Nach einer Entschließung der Reichsstelle für Gemüse und Obst dürfen in diesem Jahre in den Kreisen Calbe (Saale), Wanzleben, Liegnitz-Stadt und -Land Lieferungsverträge über Zwiebeln nicht abgeschlossen werden. Um die ordnungsmäßige Versorgung der großen Bedarfszentren sicherzustellen, soll dagegen die Zwiebelernte in den genannten Kreisen im Wege der öffentlichen Bewirtschaftung erfaßt werden.

Ungarn.

Räumung der tschechoslowakischen Gebiete. Auf das Telegramm Clemenceaus und die Aufforderung des Kommandierenden der tschechoslowakischen Armee General Pelle betr. die Räumung tschechoslowakischer Gebiete richtete der ungarische Armeekommandant Böhm, wie das Ungar. Korresp.-Büro meldet, an General Pelle ein Telegramm, in dem er sich mit den Bedingungen einverstanden erklärte und demzufolge er am 24. Juni die Operationen einstellen werde. Zum Schlusse verlangte er Garantien, daß die rumänischen Truppen die in der Note Clemenceaus bezeichneten Gebiete räumen und für die verursachten Schäden Entschädigung gewähren. Der Oberkommandierende der tschechoslowakischen Armee antwortete dem Kommandanten der ungarischen Armee Böhm, daß die tschechoslowakischen Truppen am 24. d. M. die Feindseligkeiten einstellen und erst am 26. Juni Mitternacht den Vormarsch in das von Ungarn geräumte Gebiet beginnen werden. Das Ersuchen wegen der Räumung der durch die Rumänen besetzten Gebiete hätte er der Friedenskonferenz in Paris übermittelt, die diese Räumung gewährleistet. Er ersuchte um Mitteilung bis zum 24. Juni 5 Uhr nachmittags, ob die ungarische Regierung mit den Vorschlägen einverstanden ist.

Tschechoslowakei.

Die zukünftige Politik. „Cesco Slovo" veröffentlicht eine Aeußerung des tschechoslowakischen Ministers des Aeußeren Benesch über die zukünftige tschechoslowakische Politik, welche einer festausgebauten nationalen Verteidigung bedürfe, um in Mitteleuropa ein neues politisches System zu errichten, mit dessen Hilfe die kleinen Völker sich wechselseitig ihren Bestand und ihre Entfaltung sichern könnten. Die Tschechen würden sich zu diesem Zwecke mit Polen, Rumänien und Südslavien vereinigen und im Osten Deutschlands die Rolle spielen müssen, die Frankreich im Westen spielt.

Verhaftung zahlreicher Deutscher. Die Tschecho-Slowakische Regierung hat in Troppau und in Mähren zahlreiche Deutsche verhaften lassen.

Türkei.

Ein Fußtritt für die Griechen! Vor etwa Monatsfrist hatten griechische Truppen Smyrna besetzt. Man konnte die Aufregung verstehen, die darüber bei den Türken entstanden war. Immer hatten diese doch bei allen Verlusten ihres Reiches in Europa, Afrika und Asien an dem Glauben festgehalten, daß das kleinasiatische Festland, die Wiege ihres Reiches, seit Osman sich im Jahre 1300 zum Herren Bithyniens gemacht hatte, unantastbar für die Räuber ihres Reiches bleiben werde. Und nun sah man die verachteten Griechen in die große Handelsstadt einbringen. Lieber hätte man beinahe noch die Italiener genommen. Denn um diesen zuvorzukommen, sollen ja die Griechen von den Drahtziehern in Paris eingeladen sein, nach Smyrna zu gehen. Aber schon unmittelbar nach der Besetzung erhoben sich Stimmen, namentlich in London, gegen die restlose Aufteilung des Türkenlandes, wie sie eine Weile beabsichtigt gewesen zu sein scheint. Und jetzt ist die Vernunft zu ihrem Rechte gekommen: die Griechen müssen auf Ententebefehl aus Smyrna wieder abziehen! Ob sie freilich sich gutwillig fügen werden? Schließlich mag denn doch ihr Stolz sich gegen die Hausknechtsrolle aufbäumen, die man sie spielen läßt.

England.

Churchills Politik. Der „Telegraaf" meldet aus London: Minister Churchill tritt im „Weekly Dispatch" für freundschaftliche Beziehungen mit Amerika, für die Unterstützung Frankreichs und für den Friedensschluß mit dem deutschen Volke ein, dem endlich die Gelegenheit gegeben

Riesaer Tageblatt

Amtsblatt.

Hiermit richten wir an die geehrten Postbezieher das höfliche Ersuchen, die Bestellung auf die Monate Juli, August, September 1919

:: **sofort** ::

bewirken zu wollen, damit in der Zustellung keine Unterbrechung eintritt. Der Postbezugspreis frei Haus beträgt im Deutschen Reiche monatlich nur 1.74 Mk.

Verlag des Riesaer Tageblattes, Riesa, Goethestr. 59.